

Erdogan geht gegen soziale Netzwerke vor

Ankara. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag hat das für Kommunikation zuständige Ministerium den Zugang zum Kurznachrichtendienst Twitter in der Türkei gesperrt. Die Türkei ist damit das zweite Land nach China, das Twitter vollständig aussperrt. Als Grund für die Sperrung werden vier Gerichtsentscheidungen gegen Twitter angegeben. Zu den Klägern gehörten zwei Minister Erdogans, die im Dezember wegen Korruptionsskandalen zurücktreten mussten und gegen den Tweet „Keine Stimme für die Diebe“ geklagt hatten. (J.K.)

INTERNATIONAL Seite 10-11

Lothringen 1914: Die vergessene Front

Nancy. In der Erinnerungsarbeit hatten sie über Jahrzehnte keinen Platz, und sogar in historischen Darstellungen des Ersten Weltkriegs werden sie oft übergegangen: die Schlachten, die im Sommer 1914 zwischen deutschen und französischen Truppen in Lothringen geschlagen wurden und Hunderttausende Opfer forderten. In zwei Ausstellungen im Musée Lorrain und im Musée des Beaux-Arts von Nancy stehen die für die weitere Kriegsentwicklung bedeutenden Ereignisse von damals im Mittelpunkt. (JLS)

KULTUR Seite 14-15

Erdtruch: provisorische Straße angedacht

Monnerich. Über eine Woche ist es nun her, dass der spektakuläre Erdtruch an der Monnericher Bauschuttedeponie stattfand. Seitdem ist die Straße von Esch/Alzette nach Monnerich zum Teil unter unzähligen Kubikmetern Erdmasse verschwunden. Ein Umstand, der mehrere Jahre andauern könnte. Mittelfristig dürfte der Bau einer neuen Straße demnach die einzige Lösung darstellen, um die Verbindung wiederherzustellen, die der derzeitige Einschätzung von René Biber, Direktor der Straßenbauverwaltung gegenüber dem „Luxemburger Wort“.

LOKALES Seite 11

Bayern München muss gegen „ManU“ ran

Nyon. Im Viertelfinale der Champions League hat Titelverteidiger Bayern München bei der Auslosung in Nyon mit Manchester United eine lösbare Aufgabe erwischt. Im rein spanischen Duell treffen der FC Barcelona und Atletico Madrid aufeinander. Bereits drei Mal standen sich beide Teams in dieser Saison gegenüber und jedes Mal gab es ein Unentschieden. Real Madrid trifft auf Borussia Dortmund, während das Kräfteessen zwischen dem PSG und dem FC Chelsea Spannung verspricht. (LW)

SPORT Seite 72



INTERVIEW: CHRISTOPH BUMB

Wie demokratisch ist die EU? Die meisten Experten sind sich einig in der Analyse, dass es in den europäischen Institutionen an direkter demokratischer Legitimität mangelt. Das sieht auch der renommierte deutsche Politologe und Europa-Experte Professor Wolfgang Wessels so. Der Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls der Universität Köln rät im LW-Interview jedoch zu einer differenzierten Betrachtung. Man dürfe bei aller Kritik nicht vergessen, welchen Mehrwert die EU für die internationale Zusammenarbeit bedeute. Und dass es in der EU ein Defizit an Demokratie gibt, heiÙe nicht, dass die europäischen Nationalstaaten allesamt „perfekte Demokratien“ sind.

Herr Wessels, hat die EU überhaupt ein Demokratiedefizit, und wenn ja, worin äußert es sich?

Die Frage nach dem Demokratiedefizit ist eine Grundsatzfrage für jedes politische System, die also nicht nur die EU betrifft. In allen demokratischen Staaten herrscht eine gewisse Unzufriedenheit mit den politischen Entscheidungsstrukturen vor. Die Kritik der EU ist aber insofern besonders, als die Entscheidungsprozesse hier ein besonderes Maß an Kompromissfähigkeit zu einem dauernden Ausgleich zwischen verschiedenen nationalen Interessen voraussetzen und dann zu einem hohen Grad an Komplexität führen. Die auf diese Weise getroffenen Maßnahmen stoßen bei den Bürgern nicht immer auf großes Verständnis. Letztlich kommt so das generelle Gefühl eines besonderen Defizits an Demokratie zustande.

Es gibt ja aber auch die institutionelle Komponente. Das was Politikwissenschaftler die „Input“-Demokratie nennen ...

Die Diskussion bezieht sich in der Tat meistens auf die Input-Seite, das heißt, dass die EU die Bürger im Vergleich zu demokratischen Natio-

„Die EU ist demokratischer als ihre Kritiker denken“

Ein Gespräch über demokratische Mängel und Potenziale / Laut dem Europa-Experten Wolfgang Wessels sollte man Schwarz-Weiß-Denken vermeiden



Rät zur differenzierten Kritik: der Politologe und Europa-Experte Wolfgang Wessels. (FOTO: UNIVERSITÄT KÖLN)

nalstaaten nicht genug beteilige und demnach nicht gleichwertig legitim sei. Ich vertrete die Auffassung, dass es in der EU zwar Demokratiedefizite gibt, dies aber nicht heißt, dass andere politische Systeme perfekte Demokratien sind. Auch die europäischen Staaten haben jeder für sich erhebliche Demokratiemängel. Die EU hat allerdings ihrem politischen System entsprechend ein besonders ausgeprägtes Demokratiedefizit.

Viele Kritiker sehen das Hauptproblem in der Übermacht des Rates als letzte Entscheidungsinstanz gegenüber dem unmittelbar demokratisch legitimierten Parlament. Würden Sie dem zustimmen?

Ich sehe das nicht so. Zumindest nicht, wenn man die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre betrachtet. Mit dem Lissaboner Vertrag wurden die Rechte und Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments erneut erheblich aufgewertet und seine legislativen Funktionen wurden auch schon davor stetig erweitert. Und auch Mitglieder des Europäischen Rats und des Ministerrats sind uns ja nicht von außen oktroiiert worden, sondern diese Organe versammeln die auf nationaler Ebene einwandfrei demokratisch legitimierten Regierungen. Das sollte man bei aller Grundsatzkritik nicht vergessen. Viele Bürger denken ja bei der Repräsentation immer noch national. Das heißt, sie fühlen sich eher von ihrer Regierung vertreten als von dem ebenso demokratisch legitimierten Parlament in StraÙburg.

Das heißt, solange es kein europäisches oder zumindest stärker europäisch denkendes Volk gibt, gibt es auch kein Mehr an Demokratie?

Auf absehbare Zeit wird eine nur begrenzte Identität als Europäer ein Problem darstellen. Dass die politischen Kerndebatten meistens nicht gemeinsam, sondern oft noch nach innerstaatlichen Konfliktlinien ge-

führt werden, ist aber auch keine Eigenheit der EU. Auch auf nationaler Ebene gibt es diverse politische, regionale und soziale Öffentlichkeiten, in denen die politischen Debatten geführt werden, ohne dass dadurch die Demokratie gefährdet ist. Eine europäische Öffentlichkeit lässt noch auf sich warten. Es ist aber auch die Aufgabe der Medien, kritisch, aber nicht einseitig über die europäische Politik zu berichten. Man sollte sich nicht nur auf die Skandale und Symptome von Fehlentwicklungen konzentrieren, sondern immer den großen Kontext des eigentlichen Mehrwerts der EU berücksichtigen. Dieser besteht darin, dass sich eine Union von aktuell 28 Staaten, also ein ganzer Kontinent der dauerhaften, institutionellen Kooperation verschrieben hat, um zentrale Probleme gemeinsam anzugehen.

Wo ist die EU denn besonders undemokratisch?

Das kommt natürlich immer auf die Perspektive an. EU-Föderalisten würden sagen, dass der Europä-

Stichwort: Demokratie defizit der EU

sche Rat besonders undemokratisch ist, weil dort oft hinter verschlossenen Türen Grundsatzentscheidungen getroffen werden, die für die Mitgliedstaaten bindend sind. Souveränisten argumentieren genau umgekehrt, nämlich, dass im Grunde nur die nationalen Regierungen wirklich demokratisch legitime Entscheidungen treffen können. Letztlich trifft die klassische Kritik der Föderalisten nicht zu, denn nicht nur in der EU, sondern auch auf nationaler Ebene werden viele Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen. So findet die Abstimmung über wesentliche politische Richtlinien oft nicht im Parlament und auch nicht in einer Kabinettsitzung statt, sondern in informellen Kreisen. Ich denke da etwa an die in allen Ländern üblichen Kabinettsklausuren, wo unter Ausschluss der Öffentlichkeit, oft in irgendeinem Schloss, über die Ausrichtung der Regierungspolitik vor-entschieden wird. Diese Gremien sind nirgendwo in der Verfassung eines Staates erwähnt und spielen in der Verfassungsrealität dennoch eine wichtige Rolle. Auch in der EU ist das der Fall. Anders geht es oft scheinbar auch nicht.

Wo ist die EU besonders demokratisch?

Die EU ist sicher demokratischer als viele ihrer Kritiker denken. Ein wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass die EU-Institutionen durch starke Mechanismen gegenseitiger Kontrolle geprägt sind. Durch dieses System der „Checks and Balances“ lässt sich auch ein hoher Grad an Legitimität herstellen. Andererseits wird dadurch der Entscheidungsprozess auch sehr kompliziert und lässt sich am Ende durch die Bürger schwerer nachvollziehen. Hinzu kommt, dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene letztlich doch sehr transparent getroffen werden. Dass das nicht von allen Bürgern so wahrgenommen wird, liegt auch daran, dass sich

Was sind in diesem Sinn die Potenziale der Europäischen Bürgerinitiative?

Die Bürgerinitiative ist ein wichtiges Instrument zur Herstellung von mehr demokratischer Legitimität. Allerdings müssen wir auf die politische Verbindlichkeit der erfolgreichen Initiativen pochen. Es nützt nichts, wenn sich die Bürger am politischen Prozess beteiligen können, ihr Engagement am Ende aber keine greifbaren Konsequenzen hat. Solche Instrumente, die ja beweisen, dass es ein gesamteuropäisches Engagement von Bürgern aus allen Ecken des Kontinents gibt, können auch dazu beitragen, dass so etwas wie eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit entsteht, die ja letztlich die Voraussetzung für eine wahrhaft demokratische Form der Politik in Europa ist.

Interview: Christoph Bumb



Off im Mittelpunkt der Kritik: der nur indirekt demokratisch legitimierte Europäische Rat. (FOTO: EUROPÄISCHER RAT)

nicht jeder Bürger im Detail mit den Ergebnissen europäischer Politik beschäftigt, und auch nicht beschäftigen kann. Um die Einzelheiten einer politischen Entscheidung und ihre Entstehungsweise nachzuvollziehen, bedarf es ja schon auf nationaler Ebene eines beträchtlichen Vorwissens und vor allem auch der nötigen Zeit.

Geht eine Demokratisierung der EU also nur über den Weg der Parlamentarisierung?

Der Trend der vergangenen Jahre geht jedenfalls in diese Richtung. Das Parlament hat ein essenzielles Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht etwa was die Wahl des Kommissionspräsidenten und die Zusammensetzung der Kommission betrifft. Und die Abgeordneten machen auch von ihrem Recht regelmäßig Gebrauch. Das ist ein wichtiger Faktor auf dem Weg zu einer parlamentarisch und damit demokratisch legitimierten Exekutive. Die Europäische Kommission ist aber nicht nur vom Parlament, sondern bei der Wahl auch von den Mitgliedstaaten abhängig. Das bringt das politische System der EU als System „sui generis“, also eigener Art, nun mal mit sich. Das politische System der EU hat einen ganz besonderen Charakter, der im Vergleich zu anderen möglichen Formen, politische Entscheidungen zu treffen, auch positiv zu sehen ist. Der Mehrwert der EU als einzigartige, weil integrative und rechtsstaatliche Form der internationalen Zusammenarbeit, kommt für mich bei der oberflächlichen Kritik des Demokratiedefizits der EU jedenfalls eindeutig zu kurz.

Wie bewerten Sie in dieser Hinsicht die Einführung von Spitzenkandidaten für die Europawahlen?

Wenn das zu einer wirklich europäischen Debatte beiträgt, geht das in die richtige Richtung. Der Trend der Parlamentarisierung geht da-

Das Unverständnis gegenüber der Funktionsweise der EU ist für mich ein zentraler Aspekt des Demokratiedefizits.“

Professor Wolfgang Wessels

natur der politischen Konstruktion der europäischen Institutionen. Generell müssen die Akteure auf der europäischen Ebene mehr tun, damit die oftmals auf schwierigen Kompromissen beruhenden Entscheidungen auch als solche bei den Bürgern ankommen. Es gibt hier eine Reihe von Missverständnissen. Andererseits sind auch die Bürger in der Bringschuld, sich besser über europäische Sachverhalte zu informieren. Das merke ich oft an meinen Studenten, die die EU-Politik auf der Basis mangelnden Grundlagenwissens kritisieren. Das generelle Unverständnis gegenüber der Art und Weise, wie auf europäischer Ebene Entscheidungen getroffen werden, ist für mich jedenfalls ein zentraler Aspekt des Demokratiedefizits in der EU.

Was sagen Sie zu der vor allem von rechts vorgebrachten Idee, dass eine Demokratisierung der EU letztlich nur durch eine Re-Nationalisierung erreicht werden kann?

Die dahinter stehende Vorstellung ist insofern nicht einfach zur Seite zu legen, als bei aller Integration darauf geachtet werden muss, dass die nationalen Parlamente und die Bürger in allen Mitgliedstaaten mitgenommen werden. Ich bezweifle aber, dass durch eine Re-Nationalisierung die Probleme in Europa besser gelöst werden können. Die politischen und wirtschaftlichen Vorteile gemeinsamer politischer Projekte liegen auf der Hand. Das wissen auch viele Kritiker der EU. Auch sie haben letztlich kein Interesse an einer Rückkehr in eine Zeit, in der die Interessen von 28 Staaten ungefiltert aufeinander treffen und man in schwierigen bilateralen Verhandlungen seine Position jedes Mal von neuem durchsetzen muss. Der Fakt, dass es überhaupt ein europäisches Projekt und ein gemeinsames Leben in Frieden und Freiheit gibt, ist letztlich für alle Staaten der größte Gewinn an Demokratie, den es überhaupt gibt.

LEITARTIKEL

Besitzstand



Mitarbeitergespräche gehören zu einer zeitgemäÙen Personalpolitik.“

JEAN-LOU SIWECK

Jetzt also auch die DP und Déi Gréng: Nachdem die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes CGFP in der letzten Legislaturperiode den Reformbestrebungen von CSV und LSAP so manchen Dämpfer verpasst hatte, wurden diese Woche auch die restlichen regierungsfähigen Parteien niedergedrungen. Wurde der Deal „Geld gegen Reform“ vor wenigen Monaten noch von den Liberalen als „Scheckheftpolitik“ missbilligt, gaben sie jetzt einer Einigung mit noch etwas mehr Geld und noch etwas weniger Reform den Segen.

Die Bilanz der CGFP zu den ewigen Verhandlungen dürfte schlussendlich positiv ausfallen. Es wurde eine Punktwerthöhung erreicht, während so manche von der Politik gewünschte Neuerung auf ein Minimum runter gehandelt werden konnte. Vielleicht noch wichtiger: Bis auf eine Ausnahme auf der letzten Graden sind ihre 40 Unterorganisationen der Konföderation treu geblieben – ein nicht zu unterschätzender Punkt für eine Gewerkschaft, deren Vorgänger in den 1960er-Jahren an einer ähnlich groß angelegten Reform zerbrochen war.

Der auffälligste Aspekt der Reform besteht in der Neuordnung der Laufbahnen. Doch auch 40 Jahre nach der Abschaffung des Passage-Examens wird es möglich bleiben, ohne formalen Schulabschluss in den Staatsdienst zu treten. Warum die „Expéditionnaire“-Laufbahn nicht um ein Jahr angehoben wurde, um den Zugang mit dem Diplomabschluss auf 12<sup>te</sup> zu verbinden, ist unverständlich. Ein verheerendes Signal an potenzielle Schulabbrecher.

Die Bewertung der Punktwerthöhung fällt schwerer. Nach fünf Jahren Nullrunde steigen die Gehälter im öffentlichen Dienst Anfang 2015 um 2,2 Prozent. Im Koalitionsabkommen betonte die Regierung, im Laufe dieser Legislaturperiode keine weitere Erhöhung zugestehen zu wollen. Sollte es dabei bleiben, sind die 2,2 Prozent

sicherlich zu vertreten. Eine Bilanz wird aber erst 2018 gezogen. Die anvisierte Absenkung der Anfangsgehälter beim Staat wurde noch weiter verwässert. Auch künftig werden vor allem weniger qualifizierte Funktionen beim Staat erheblich besser entlohnt als beim privaten Arbeitgeber. Sicher kann man vertreten, die Fehlentwicklung läge bei letzteren. Es bleibt aber, dass mit dem Ungleichgewicht auch der Neid und damit der Druck auf den öffentlichen Dienst weiter bestehen wird.

Einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt auch das Gerangel um die individuelle Bewertung der Arbeit der Beamten, auch wenn die CGFP neuen Disziplinarmaßnahmen bei offensichtlicher „Ineffizienz professionnelle“ früh zugestimmt hatte. Mitarbeitergespräche gehören zu einer zeitgemäÙen Personalpolitik, die Arbeitnehmer nicht nur als mit Schulabschlüssen, Eintrittsexamen und „Stage“ bestückte Roboter sieht, sondern als Menschen mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen, deren Motivation und Wohlbefinden nicht alleine mit dem „Statut“ zu gewährleisten sind – auch im öffentlichen Dienst.

Mit ihrer hartnäckigen Verteidigung des spezifischen Beamtenstatuts hat die CGFP sicherlich dazu beigetragen, dass die öffentliche Hand nicht der schlechteste Arbeitgeber in Luxemburg ist. Ein Personalmanagement, das, neben dem verdienten Beamten, auch den Menschen dahinter berücksichtigt, gibt es jedoch kaum in öffentlichen Verwaltungen. Zum besten Arbeitgeber im Land hat die Strategie der CGFP den Staat somit bei weitem nicht gemacht. ■ jean-lou.siweck@wort.lu

100 Tage Blau-Rot-Grün

Bis zum 31. März ziehen wir täglich eine Zwischenbilanz mit den verantwortlichen Ministern

